

10721/AB
Bundesministerium vom 15.07.2022 zu 10973/J (XXVII. GP)
Finanzen bmf.gv.at

Dr. Magnus Brunner, LL.M.
Bundesminister für Finanzen

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.365.322

Wien, 15. Juli 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 10973/J vom 17. Mai 2022 der Abgeordneten Nina Tomaselli, Kolleginnen und Kollegen, beehe ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1. und 4.:

Das Bundesministerium für Finanzen (BMF) wurde am 22. Dezember 2016 vom Inhalt der Auflösungsvereinbarung informiert.

Zu 2.:

Die Auflösungsvereinbarung wurde vom Aufsichtsratsvorsitzenden geschlossen.

Zu 3.:

Die Geschäftsführerverträge wurden vom Aufsichtsratsvorsitzenden geschlossen. Der Aufsichtsratsvorsitzende wurde dafür mit Gesellschafterbeschluss vom 22. Dezember 2016 ermächtigt. Eine formelle Genehmigung der Verträge durch das BMF erfolgte daher nicht.

Seitens des BMF waren mit der Thematik die gemäß Geschäfts- und Personaleinteilung zuständigen Einheiten befasst.

Zu 5. und 6.:

Nach den Informationen des Hauses liegt mir hierzu keine Genehmigung des BMF vor. Darüber hinaus liegt aber auch keine Zuständigkeit des BMF im Zusammenhang mit der Bonusvereinbarung vor.

Zu 7.:

Der Abschluss von Geschäftsführerverträgen richtet sich nach den für die jeweilige Gesellschaftsform geltenden, allgemeinen gesellschaftsrechtlichen Grundlagen.

Zu 8. und 9.:

Dazu liegen keine Informationen vor.

Zu 10.:

Ein dem BMF vorliegendes, von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Susanne Kalss verfasstes Rechtsgutachten betreffend die gesellschaftsrechtliche Zulässigkeit der Bonusvereinbarung zwischen DI Perner und Dkfm. Mendel richtet sich an den Aufsichtsrat der ABBAG. Zu weiteren Zwecküberlegungen und Kosten des Auftraggebers des Rechtsgutachtens hat das BMF keine Kenntnis.

Zu 11. bis 14.:

Ich habe aus den Medien von der nachträglichen Erklärung von Dr. Wolfgang Nolz und Bundesminister a.D. Dr. Hans Jörg Schelling von Februar 2022 erfahren. Mit den genannten Personen gab es meinerseits keine Abstimmung zu den Themen.

Der Bundesminister:
Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Elektronisch gefertigt

